

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Schulausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 16.03.2026
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:03 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Wilhelm Janßen SPD

ordentliche Mitglieder

Herr Michael Fierkens CDU für Sylke Heilker

Herr Tim Kammer CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Frau Susanne Lamers CDU für Alexander von Essen

Frau Anne Brandt SPD

Frau stv. BM Silvia Heinemann SPD für Benjamin Dau

Herr Malte Pauels SPD

Herr Andreas Rump B90/Grüne

Herr Jens Brünink UWG

Herr Carsten Helms FDP

Frau Sonja Dieckmann Elternvertreterin

Frau Eva Klatt Schülervertreterin

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Dr. Stephan Meyn

Frau Sabine Meyer

Herr Stefan Unnewehr

Frau Anneke Schipper

Frau Anke Wilken Gleichstellungsbeauftragte

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Herr Dirk Landwehr von der Trapez Architektur GmbH

Frau Katharina Knoppe von der Trapez Architektur GmbH

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Frau Monika Sager-Gertje SPD

sowie weitere 45 Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Frau Sylke Heilker	CDU
Herr Alexander von Essen	CDU
Herr Benjamin Dau	SPD
Frau Saskia Duin-Lay	Lehrervertreterin

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.11.2025
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Ganztagsgrundschulen ab August 2026 - Sachstand und weiteres Vorgehen
Vorlage: 2026/034
- 6 Satzung über die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Mensen der Grundschulen
Vorlage: 2026/033
- 7 Anfragen und Hinweise
- 8 Einwohnerfragestunde
- 9 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen eröffnet die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 17:00 Uhr.

Bürgermeister Krause bemerkt anschließend, dass für ein neues stimmberechtigtes Mitglied im Schulausschuss noch die Pflichtenbelehrung gemäß des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes erfolgen muss. Er verpflichtet anschließend die Schülervereiterin Eva Klatt durch Handschlag. Frau Klatt gibt eine unterzeichnete Ausfertigung der zuvor überreichten Pflichtenbelehrung zurück.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Sitzungsverlauf:

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 13 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Schulausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.11.2025

Der Schulausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 03.11.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

Ganztagsgrundschulen ab August 2026 - Sachstand und weiteres Vorgehen **Vorlage: 2026/034**

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Krause bemerkt, dass im Vorfeld der Sitzung seitens der Verwaltung mit den Grundschulleitungen besprochen wurde, dass – sofern die Mitglieder des Ausschusses zustimmen – Frau Uta Knüppel-Harms als Sprecherin der Grundschulleitungen als Sachverständige zum Tagesordnungspunkt 5 gehört werden kann.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Herrn Janßen stimmen die Ausschussmitglieder diesem Vorgehen einvernehmlich zu.

Frau Schipper erläutert eingangs noch einmal die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Ausgangslage hinsichtlich der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab dem 01.08.2026 und betont, dass zur schnellstmöglichen Umsetzung der Ganztagsbetreuung in den Workshops Sofortmaßnahmen („Schnellboote“) herausgearbeitet wurden, die aus dem langfristigen „Phase-Null-Verfahren“ (Zukunftsplan 2040) herausgelöst werden konnten.

Frau Knoppe und Herr Landwehr von der Trapez Architektur GmbH stellen anhand einer umfangreichen Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die spezifischen Maßnahmen für die sechs Grundschulen vor, wobei der Fokus auf die Möblierung zur Differenzierung und die Optimierung der Essbereiche unter Berücksichtigung des Brandschutzes liegt. So ist unter anderem vorgesehen, bei der Grundschule Loy den Haupteingang zur Entzerrung der Rettungswege zu verlegen und den Einbau maßgefertigter Möbel vorzunehmen, im Schulgebäude Hahn-Lehmden die alte Lehrküche im Souterrain zu einem provisorischen Essbereich umzubauen, in Wahnbeck aufgrund von Brandschutzauflagen schwer entflammbare „Lernwaben“ zur besseren Raumnutzung einzusetzen, an der Grundschule Feldbreite verschiedene Schallschutzmaßnahmen vorzunehmen und flexible „Lesepodeste“ für den Ganztagsbetrieb einzusetzen sowie in den Schulen Leuchtenburg und Kleibrok Ergänzungen mit kindgerechten Möbeln für eine flexible Nutzung der Räumlichkeiten anzuschaffen.

Frau Schipper geht im Nachgang anhand einiger Folien (Anlage 2 zur Niederschrift) noch auf die Finanzierung, der mit 2,2 Mio. Euro veranschlagten „Schnellboot-Maßnahmen“ ein, wobei sie herausstellt, dass zur Gesamtdeckung neben den zur Verfügung stehenden Fördermitteln und den eingeplanten Eigenmitteln noch weiterer Finanzierungsbedarf besteht. Zur Deckung schlägt sie vor, die ursprünglich für die Kooperative Gesamtschule (KGS) Rastede vorgesehen 500.000 Euro den Grundschulen zuzuschlagen, da bei der KGS in diesem Jahr allein aus personellen Gründen und aufgrund des weiteren Zeitplans im Phase-Null-Prozess keine Maßnahmen mehr umgesetzt werden können.

Im weiteren Verlauf werden einige Verständnisfragen gestellt und vom Architekturbüro beziehungsweise von der Verwaltung beantwortet.

Frau Knüppel-Harms betonte im Namen aller sechs Grundschulleitungen, dass sie den Prozess in der Vergangenheit kritisch gesehen hat, jedoch aktuell festzustellen ist, dass die Schulleitungen mit dem Vorgehen sehr zufrieden sind. Dies ist aus ihrer Sicht in erster Linie auf die engmaschige Zusammenarbeit in den Workshops zurückzuführen, in dem Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Politik und Verwaltung gleichermaßen eingebunden sind, um gemeinsam die Konzepte zu entwickeln. Sie lobt darüber hinaus, dass nicht nur kurzfristige Maßnahmen, sondern mit dem „Zukunftsplan 2040“ auch eine langfristige Planung erarbeitet wird, auf die hoffentlich auch eine gute Umsetzung der Maßnahmen folgen wird.

Auf Nachfrage von Frau Lamers hinsichtlich der Berücksichtigung von Inklusionsmaßnahmen erläutert Frau Knoppe, dass zunächst weitere Differenzierungsmöglichkeiten geschaffen werden, jedoch bauliche Maßnahmen wie Aufzüge und barrierefreie Zugänge erst im weiteren Verlauf des Phase-Null-Prozesses Berücksichtigung finden.

Herr Helms erkundigt sich, ob gegebenenfalls dringend erforderliche Sanierungen an den WC-Anlagen der Grundschulen berücksichtigt werden.

Frau Knoppe führt aus, dass derzeit etwaige Sanierungsarbeiten nicht vorgesehen sind, sondern analog zu den Inklusionsmaßnahmen erst im weiteren Verlauf des Prozesses abgearbeitet werden, zumal unter anderem an den jeweiligen Schulstandorten gegebenenfalls auch Verlegungen der WC-Anlagen vorgesehen sind.

Herr Rump gibt zu verstehen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die geplante Umwidmung der KGS-Mittel scharf kritisiert. Er betont, dass diese im Haushalt aufgeführten Gelder schon einmal gestrichen und erst nach Intervention seiner Fraktion wieder einstimmig aufgenommen wurden, sodass die aktuell vorgesehene Zweckentfremdung auf keinen Fall mitgetragen wird. Vor diesem Hintergrund stellt er nachfolgenden Änderungsantrag mit dem Hinweis, dass die Finanzierung gegebenenfalls auch über einen von der Verwaltung bereits angedachten Nachtragshaushalt erfolgen könnte.

- 1. Die Umsetzung der im Phase-Null-Prozess erarbeiteten und in der Sach- und Rechtslage beschriebenen Akutmaßnahmen wird unter Berücksichtigung von Fördermitteln beschlossen.*
- 2. Die zur Umsetzung erforderlichen Finanzmittel werden mindestens durch Haushaltsreste des Jahres 2025 in Höhe von 244.576 Euro erbracht. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Finanzierung des weiterhin erforderlichen Betrags in Höhe von 500.000 Euro vorzulegen.*
- 3. Eine Zweckentfremdung der für die Modernisierung der KGS Rastede vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 für das Jahr 2026 wird abgelehnt.*

Bürgermeister Krause legt dar, dass die Maßnahmen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung absolute Dringlichkeit haben und sich Rat und Verwaltung keine Verzögerungen wie z. B. mit der Aufstellung eines Nachtragshaushaltes mehr leisten können, die den Starttermin gefährden könnten. Im Übrigen verfügt die Verwaltung aktuell weder über die personellen Kapazitäten noch über fertige Planungen, um die für die KGS zusätzlich deklarierten Mittel im laufenden Jahr überhaupt einsetzen zu können. Vor diesem Hintergrund wurde die

Verschiebung der Mittel ausführlich mit der Schulleitung der KGS besprochen, wobei seitens der Verwaltung versichert wurde, dass die Gelder für den Phase-Null-Prozess nicht gestrichen, sondern im kommenden Haushalt für das Jahr 2027 wieder aufgenommen werden. Zudem weist er darauf hin, dass insbesondere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Ende des vergangenen Jahres einen Nachtrag abgelehnt hat und deshalb die „Platzhalter“ für die KGS im Haushaltsplan aufgenommen wurden.

Herr Helms gibt zu verstehen, dass er die inhaltlichen Konzepte wie Akustikpaneele und Differenzierungsräume für die Grundschulen begrüßt, jedoch das Hin- und Herschieben von Geldern zulasten der KGS sehr kritisch sieht, zumal aufgrund von Versäumnissen in den zurückliegenden Jahren deutlich höhere Investitionen in die Bildung erforderlich sind. Vor dem Hintergrund seines eingangs gemachten Redebeitrags stellt er nachfolgenden Ergänzungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Für Akutmaßnahmen an den WC-Anlagen der Rasteder Grundschulen wird ein Budget von 100.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Frau Brandt signalisiert grundsätzliche Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag und betont, dass die KGS-Mittel zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegt sind, sodass in 2025 nicht mit einem Mittelabfluss zu rechnen ist. Dessen ungeachtet lobt sie die breite Beteiligung von Eltern, Schülern und Lehrkräften in den vorausgegangenen Workshops.

Frau Lamers und Herr Küpperbusch sprechen sich für die Priorisierung der Grundschulen aus und heben insbesondere die hervorragende Vorbereitung durch das Architekturbüro Trapez und die umfassende Beteiligung aller Akteure hervor, die zur Zufriedenheit der Schulleitungen maßgeblich mit beigetragen hat. Darüber hinaus bemerken sie, dass die Schulleitung der KGS der vorübergehenden Umwidmung der Mittel im Vorfeld zugestimmt hat und bei Bedarf ein Nachtragshaushalt zur Finanzierung möglicher Maßnahmen an der KGS auch zu einem späteren Zeitpunkt aufgestellt werden kann.

Herr Brünink führt hinsichtlich der Diskussion um die Umwidmung der Haushaltsmittel von der KGS hin zu den Grundschulen aus, dass er fest davon ausgeht, dass das Wort der Verwaltung gilt, indem bei Bedarf im Rahmen des Phase-Null-Prozesses entsprechende Finanzmittel für die KGS zur Verfügung gestellt werden.

Im weiteren Verlauf werden die Meinungsbilder der jeweiligen Fraktionen von weiteren Stellungnahmen einzelner Fraktionsmitglieder weiter verfestigt.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Janßen über den oben aufgeführten Ergänzungsantrag von Herr Helms abstimmen.

Bei 4 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Nachfolgend lässt der Ausschussvorsitzende über den eingangs formulierten Antrag von Herrn Rump abstimmen.

Bei 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Sodann erfolgt die Abstimmung die über Beschlussempfehlung der Verwaltung.

Beschlussempfehlung:

Die Umsetzung der im Phase-Null-Prozess erarbeiteten und in der Sach- und Rechtslage beschriebenen Akutmaßnahmen wird unter Berücksichtigung von Fördermitteln beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	2
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Satzung über die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Mensen der Grundschulen

Vorlage: 2026/033

Sitzungsverlauf:

Frau Schipper stellt eingangs noch einmal die wesentlichen Kerninhalte der Satzung vor, wobei sie insbesondere darauf hinweist, dass beim vorgesehenen, einfach zu handhabenden Abo-Modell ein Jahresbetrag errechnet wird, der in monatlich gleichbleibenden Beträgen gezahlt wird, um den Eltern eine zuverlässige Kalkulation zu ermöglichen. Die Kalkulation basiert auf 189 Verpflegungstagen pro Schuljahr. Auf Wunsch der Schulen wurde das An- und Abmeldeverfahren dahingehend flexibilisiert, dass eine An- oder Abmeldung nun auch zum Halbjahr möglich ist, sofern das Ganztagskonzept der jeweiligen Schule dies zulässt.

Frau Meyer weist ergänzend auf Nachsuchen aus der Mitte des Ausschusses darauf hin, dass die Verwaltung einen kalkulatorischen Grundpreis von 4,50 Euro pro Essen angesetzt hat. Damit garantiert die Gemeinde trotz der Aufteilung der Ausschreibung in verschiedene Lose (wodurch die Schulen unterschiedliche Caterer erhalten könnten), einen gemeindeweit einheitlichen Preis für alle Eltern. Im Übrigen wird die Mittagsverpflegung wie bisher nicht unerheblich subventioniert, da in die tatsächlichen Kosten nicht nur die Catering-Leistungen, sondern auch Personal-, Energie- und Unterhaltskosten der Mensen einfließen.

Auf Nachfrage von Herrn Rump hinsichtlich der Flexibilität erklärt Frau Schipper, dass eine Abmeldung während des laufenden Halbjahres nur in begründeten Ausnahmefällen, etwa bei einer nachgewiesenen Lebensmittelallergie, die der Caterer nicht bedienen kann, oder bei einer Abwesenheit von mehr als drei Wochen (z. B. durch längere Krankheit oder Kur), möglich ist. Sonderregelungen aus pädagogischen Gründen oder anderweitige Härtefälle können im Einzelfall mit den Schulleitungen abgestimmt werden.

Herr Brünink regt an, aus Gründen der Nachhaltigkeit zu prüfen, ob bei Krankheit des Kindes die Eltern das bereits bezahlte Essen abholen könnten.

Auf weitere Anfrage von Herr Rump im Zusammenhang mit dem Abrechnungsverfahren führt Frau Schipper aus, dass im Gegensatz zu Modellen in anderen Kommunen, bei denen Eltern direkt mit dem Caterer abrechnen, die Abrechnung in Rastede über die Gemeindeverwaltung erfolgen soll. Dies liegt darin begründet, dass die Gemeinde das Mensapersonal stellt und die Mensen selbst betreibt, während der Caterer lediglich als Lieferant auftritt.

Frau Lamers bittet darum, das komplexe Abrechnungssystem für die Eltern beispielsweise durch ein Informationsblatt mit FAQs transparent zu erklären.

Frau Meyer bemerkt, dass eine derartige Information zusammen mit den Anmeldebögen ausgegeben wird.

Im weiteren Verlauf begrüßen Frau Brandt und Herr Küpperbusch den vorgestellten Satzungsentwurf, der die Belange der Grundschulen berücksichtigt, keinen großen Aufwand verursacht und obendrein auch eine gewisse Flexibilität ermöglicht.

Beschlussempfehlung:

Die Satzung über die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Mensen der Grundschulen der Gemeinde Rastede wird gemäß der Anlage 1 zu dieser Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Anfragen und Hinweise

Berücksichtigung der Sportstätten im Phase-Null-Prozess

Herr Rump erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Berücksichtigung der Sportstätten im Phase-Null-Prozess.

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass ein aktueller Sachstand bezüglich der Einbeziehung der Sportstätten im Phase-Null-Prozess voraussichtlich im Juni gegeben werden kann.

Bahnübergang Liethe

Herr Küpperbusch weist darauf hin, dass auf dem Radweg beim Bahnübergang Liethe gefährlich Rollsplit liegt. Er bittet die Verwaltung, die zuständige Straßenmeisterei beziehungsweise den Landkreis zu informieren.

Querungshilfen in Hahn-Lehmden

Herr Brünink hinterfragt vor dem Hintergrund der Beschlussfassung im vergangenen Jahr zum Thema Verkehrssicherheit, ob es bezüglich der angedachten Querungshilfe bei der Grundschule Hahn-Lehmden bereits erste Erkenntnisse gibt.

Bürgermeister Krause erklärt, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keinen aktuellen Stand zu dieser Angelegenheit vorliegen hat, jedoch sich beim Landkreis Ammerland erkundigen wird, um im Nachgang entsprechende Informationen direkt weitergeben zu können.

Tagesordnungspunkt 8

Einwohnerfragestunde

Herr Janßen weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beziehungsweise von Mitarbeitenden der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Sachstand zur Personalakquise von pädagogischen Ganztagskräften
- Ferienbetreuung in der Grundschule Wahnbek
- Weiterverwertung der Mittagsverpflegung bei Krankheit der Kinder
- Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung
- Stand der Verhandlungen zum Schulvertrag Rastede / Wiefelstede
- Kapazitätsgrenzen der KGS Rastede
- Umsetzungshorizont für die vorgestellten Schnellboot-Planungen
- Nutzung einer ehemaligen Tischlerei für den Ganzttag in Loy

Tagesordnungspunkt 9

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen schließt die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 19:03 Uhr.